

Argumentarium gegen die Halbierungsinitiative (Initiative «200 Franken sind genug!»)

Nein, 200 Franken sind nicht genug!

1. Ein starker Service Public angesichts des Chaos der Sozialen Netzwerke

Die Halbierungsinitiative, über die die Schweizer Stimmbevölkerung am 8. März abstimmen wird, sieht eine Halbierung der Mittel für die SRG vor. «Mehr Geld zum Leben!» fordern die Befürworter dieser Initiative auf ihrer Website.

Ihnen zufolge wäre eine Halbierung des Budgets für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk kein Problem. Der Zürcher SVP-Nationalrat und Mitglied des Initiativkomitees spricht gar von «einer Zeit, in der die technologische Entwicklung ein noch nie dagewesenes vielfältiges Medienangebot hervorbringt». Ein noch nie dagewesenes vielfältiges Medienangebot? Damit sind wir beim Kern des Problems. Die Vielfalt, von der die Befürworter der Initiative sprechen, beschränkt sich auf die sozialen Netzwerke. Die Vielfalt der Informationsmedien hingegen nimmt ab, insbesondere in der Schweiz. Möchten wir das Angebot der SRG durch das der grossen digitalen Plattformen ersetzen, die sich vollständig der Schweizer Gerichtsbarkeit entziehen und deren mittlerweile offen bekannte politische Agenda uns fremd ist?

Wer kann ernsthaft glauben, dass X, Instagram, TikTok oder Meta auch nur teilweise einen nationalen öffentlichen Rundfunk ersetzen können, der durch ein Bundesgesetz geregelt ist und dessen Sendungen bis vor das Bundesgericht angefochten werden können?

In einer Zeit, in der der Bundesrat sowie viele Stimmen aus der Zivilgesellschaft besorgt sind über den Schaden, den Desinformation der demokratischen Debatte in der Schweiz zufügen kann, darf der öffentlich-rechtliche Rundfunk nicht weiter geschwächt werden.

In seiner Rede vor dem Verlegerverband Schweizer Medien am 8. Januar betonte Verteidigungsminister Martin Pfister: «Wenn Desinformation, Propaganda und Verschwörungserzählungen ungebremst wirken, wird eine Gesellschaft verwundbar. Sie haben den Zweck, die Bevölkerung zu spalten.»

2. Nein, 200 Franken reichen nicht aus!

Die Initiative würde den Anteil der Gebühren, die an die SRG gehen, laut Zahlen des Bundesrats von 1,25 Milliarden im Jahr 2024 auf gut 630 Millionen CHF pro Jahr reduzieren.

Als bedeutender Dienstleister und grosser Arbeitgeber (5'700 Vollzeitstellen) generiert die SRG laut einer vom Bundesrat zitierten Studie von BAK Economics derzeit eine Bruttowertschöpfung für die Wirtschaft von 1,67 Milliarden Franken. Die Initiative würde dazu führen, dass sich dieser Betrag halbiert. Damit würden 800 Millionen CHF für Information,

Kultur und Journalismus an sich definitiv verloren gehen. Kein privates Medienunternehmen, keine Schweizer Zeitung würde je wieder an diese Gelder herankommen. Stimmen, die das Gegenteil behaupten, irren sich und täuschen die Öffentlichkeit.

Der globale Kontext der Initiative ist zudem bedeutsam. In der von RSF veröffentlichten Rangliste der Pressefreiheit hat der Wirtschaftsindikator der Pressefreiheit weltweit ein noch nie dagewesenes kritisches Niveau erreicht. Die Schweiz bleibt von diesem Trend keineswegs verschont. Würde die Initiative angenommen, würde sie der bereits dramatisch geschwächten Medienlandschaft einen weiteren, sehr schweren Schlag versetzen.

Demgegenüber sind die versprochenen Einsparungen für Haushalte, die zur Zahlung der Gebühr verpflichtet sind, mit 27 Rappen pro Tag fast vernachlässigbar. Für den Service Public wären sie jedoch fatal, da die SRG bereits gezwungen ist, ihr Budget um 17 % zu kürzen und bis 2029 umgerechnet 900 Vollzeitstellen abzubauen. Dies, nachdem der Bundesrat beschlossen hat, die Gebühr von sich aus von 335 auf 300 Franken zu senken.

Eine Annahme der Initiative hätte erhebliche Auswirkungen auf das Angebot der SRG. Die Vielfalt der derzeitigen Hauptstandorte (Zürich, Bern, Basel, Chur, Genf, Lausanne und Lugano) und der 17 Regionalbüros (Solothurn, Aarau, Brig, Luzern, Schaffhausen, St. Gallen, Moutier, Biel, Freiburg, Delémont, Neuenburg, Sion, Disentis-Mustér, Ilanz, Savognin, Samedan, Scuol) könnte nicht aufrechterhalten werden. Die Präsenz der SRG in diesen Regionen würde stark eingeschränkt, obwohl die dort stattfindenden Ereignisse auch von nationalem Interesse sein können, wie unzählige Beispiele zeigen.

Das audiovisuelle Angebot selbst müsste darüber hinaus in allen Bereichen drastisch reduziert werden: vor allem in den Bereichen Nachrichten, Sport und Kultur, sowie hinsichtlich der Förderung des Schweizer Filmschaffens und der Schweizer Musikproduktion. Die Initiative widerspricht damit der weit gefassten Definition des Auftrags von Radio und Fernsehen, wie sie bisher in der Verfassung selbst festgelegt ist.

Darüber hinaus würde die Initiative, indem sie sich in ihrem Text auf den sehr engen und veralteten Begriff «Programme» bezieht, den öffentlichen Rundfunk daran hindern, den Grossteil seiner digitalen Entwicklungen aus den Gebühren zu finanzieren. Unter dem Vorwand, die SRG dazu zu verpflichten, sich auf ihre Kernaktivitäten zu konzentrieren, würde sie sie in Wirklichkeit zu einem veralteten Medium machen, das neben den privaten Medien nicht bestehen kann.

3. Die Sprachenvielfalt hat ihren Preis

Alle westlichen Demokratien verfügen über einen öffentlich-rechtlichen Rundfunk. Und entgegen einer hartnäckigen Legende ist die SRG nicht der reichste öffentlich-rechtliche Rundfunk der Welt. Laut einer Studie der Europäischen Rundfunkunion EBU mit Sitz in Genf, auf die sich auch der Bundesrat bezieht, verfügt etwa der österreichische ORF über Mittel, die denen der SRG entsprechen. Allerdings muss der ORF das eigene Angebot in nur einer Sprache produzieren, während die Schweiz vier Sprachen bedient. Die Studie,

die auf kaufkraftbereinigten Daten basiert, zeigt zudem, dass Deutschland seinen öffentlich-rechtlichen Rundfunk mit zehnmal mehr Mitteln ausstattet als die Schweiz – bei gut zehn Mal mehr Einwohnern.

Tatsächlich verursachen die Sprachenvielfalt in der Schweiz, die föderalistische Struktur sowie die geringe Grösse des Landes zusätzliche Kosten. Die Existenz eines öffentlich-rechtlichen Rundfunks in den vier Landessprachen ist aus wirtschaftlicher Sicht dadurch gerechtfertigt, dass kein anderer Marktteilnehmer in der Lage wäre, Leistungen anzubieten, die denen eines nationalen öffentlich Rundfunks entsprechen, der im Rahmen des Leistungsauftrags verpflichtet ist, in allen Sprachregionen ein Angebot von gleichem Wert bereitzustellen. Machen wir uns nichts vor: Genau das will die Initiative in Angriff nehmen.

4. Die SRG ist keineswegs zu links

Kritiker wie Initianten scheinen sich sicher zu sein: Ihnen zufolge ist die SRG zu linksgerichtet. Die massgebliche Studie zu diesem Thema, die 2023 vom Forschungszentrum Öffentlichkeit und Gesellschaft (Fög) der Universität Zürich veröffentlicht wurde, bestätigt diese häufig vorgebrachte Kritik jedoch nicht. Auf einer Skala von -100 (extrem links) bis +100 (extrem rechts) erzielen die Programme der SRG Werte, die sehr nahe an der Neutralität liegen: -1 für das SRF (Deutschschweiz), -3 für das RTS (Westschweiz).

Wichtig ist die Tatsache, dass die SRG gesetzlich nicht verpflichtet ist, völlig neutral zu berichten – ausser in Sendungen zu Abstimmungen oder Wahlen. Bei den übrigen Programmen verpflichtet die Rechtsprechung die SRG nur dazu, ein ausreichend breites Spektrum an Meinungen zu vertreten und darauf zu achten, dass extreme Strömungen nicht übergewichtet werden, und ohne ausschliesslich Mehrheitsmeinungen zu berücksichtigen.

5. Der politische Druck auf den öffentlichen Rundfunk wächst in ganz Europa. Dem müssen wir uns widersetzen!

Weltweit weht ein rauer Wind für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk. Öffentlich-rechtliche Radio- und Fernsehsender werden vielerorts zu Spielbällen der Politik, wie der RSF-Bericht von 2025 «Druck auf die öffentlich-rechtlichen Medien – Eine Bewährungsprobe für die europäischen Demokratien» zeigt. Haushaltspolitische Bedenken können zwar legitim sein, solange sie nicht den Willen verschleiern, öffentlich-rechtliche Sender zu kontrollieren und ihre Unabhängigkeit zu untergraben.

Die Halbierungsinitiative ist Teil dieses Trends. Deshalb ist die Abstimmung am 8. März nicht nur für die Schweiz, sondern auch für den Rest der Welt von besonderer Bedeutung.

**Stimmen wir am 8. März
darum entschieden NEIN!**